



Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen  
im Land Brandenburg



## Können die Zuschüsse für Freie Schulen zurückgefahren werden?

Ja!	Nein!
Es gibt jetzt genug Freie Schulen: der Bundesdurchschnitt ist erreicht! Weitere können wir nicht gebrauchen.	<i>Weder die Landesregierung noch der Brandenburger Landtag kann entscheiden, ob es genug Freie Schulen gibt. Das tun allein die Eltern, die solche Schulen gründen bzw. nutzen wollen. Sie üben ein Grundrecht aus, das die Verfassung ihnen gewährleistet. <b>Der Staat hat hier weder direkt noch indirekt das Recht, „Genug!“ zu sagen.</b></i>
Freie Schulen haben bislang <u>Wettbewerbsvorteile</u> – das muss geändert werden!  1. Wettbewerbsvorteil: Freie Schulen erhalten sehr hohe Finanzhilfe im Ländervergleich!	<i><b>Die Zahlen sind eine Mogelpackung!</b> Freie Förderschulen haben einen deutlich höheren Schüleranteil als im Bundesdurchschnitt. Der "Förderschuleffekt" treibt den Durchschnitt aller Zuschüsse in Brandenburg etwa 1.600 € in die Höhe (im Bundesdurchschnitt nur 500 €). <b>Das ist die Realität:</b> Allgemeinbildende Schulen und berufsbildende Schulen erhalten im Bundesvergleich nur eine <b>mittelmäßige</b> Förderung von etwa 2/3 der Kosten einer vergleichbaren staatlichen Schule. Diese Förderung soll nun nochmals gravierend abgesenkt werden.</i>
2. Wettbewerbsvorteil: Die Freien Schulen sind an viele Vorschriften nicht gebunden, die für staatliche Schulen gelten. Das ist ungerecht!	<i><b>Das ist richtig: Freie Schulen sind frei</b>, d.h. sie haben einen großen Gestaltungsspielraum. Wer das ungerecht findet, sollte sich dafür einsetzen, dass auch staatliche Schulen freier sind und weniger bevormundet werden.</i>
3. Wettbewerbsvorteil: Die Freien Schulen haben keinen Versorgungsauftrag, sie können sich dort ansiedeln, wo es viele Schüler gibt und volle Klassen möglich sind.	<i><b>Irrtum! Freie Schulen nehmen an dem öffentlichen Bildungsauftrag teil!</b> Freie Schulen entstehen dort, <b>wo Eltern mit ihren Kindern wohnen</b>, nicht dort, wo ein Schulträger einen günstigen Standort findet.</i>
Das Land Brandenburg muss sparen – um seiner Zukunft willen. Einschnitte sind unvermeidbar, natürlich schreit jeder Betroffene auf. Davon darf man sich nicht irritieren lassen.	<i><b>Richtig:</b> Beim Abschied vom Schuldenstaat muss man die Regierung jetzt unterstützen. <b>Aber:</b> Wenn die Regierung es schafft, die Bildung von Kürzungen auszunehmen, muss das für das ganze (das staatliche wie das frei getragene)</i>



Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen  
im Land Brandenburg



	<p><i>Bildungswesen gelten. Alles andere wäre ein übler Griff in die Taschen derjenigen Eltern, deren Kinder Freie Schulen besuchen: sie zahlen neben ihren Steuern auch Schulgeld.</i></p> <p><i>Oder: Wenn die Regierung es nicht schafft, Kürzungen im (zentralen!) Bereich Bildung zu vermeiden, dann tragen die Freien Schulen ihren angemessenen Anteil daran, wenn die Finanzierung freier Schulen an die Personalkosten staatlicher Schulen nach gültigem Gesetz gekoppelt bleibt.</i></p>
<p>Der Landtag hat die Hoheit über den Haushalt. Er kann Subventionen kürzen, wenn es die Haushaltslage gebietet.</p>	<p><i>Finanzhilfe für Freie Schulen ist keine Subvention, sondern ein aus dem Grundgesetz fließender Rechtsanspruch. Daher sind der Entscheidung des Landtages enge Grenzen gezogen: Er muss den Bedarf der Freien Schulen realistisch ermitteln:</i></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- <i>Was kostet es heute, eine Schule zu betreiben, die nicht hinter dem Niveau staatlicher Schulen zurücksteht?</i></li><li>- <i>Was kostet es heute, für Eltern aller Schichten den Zugang zu Freien Schulen offen zu halten, so dass nicht nur die Kinder der Vermögenden kommen können?</i></li><li>- <i>Was kostet es heute, die wirtschaftliche Stellung von Lehrkräften genügend zu sichern?</i></li></ul>

Schulen in freier Trägerschaft behalten immer einen Vorteil: sie üben ein vom Grundgesetz garantiertes Recht aus. Dieser Vorteil ist nicht ungerechtfertigt: Er schützt den Bürger vor einem staatlichen Schulmonopol. Mit dem haben wir sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Also Vorsicht, sonst ist „frei“ gestrichen!

Christoph Schröder, Vorsitzender der AGFS Brandenburg, 30.9.2011